



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Wissenschaftliche Hochschulen

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1960

I. Geschichtliche Grundlagen

urn:nbn:de:hbz:466:1-8275

A.

Geschichtliche Gestalt und gegenwärtige Lage der deutschen Hochschulen

A. I. Geschichtliche Grundlagen

I. 1. Die deutsche Form der wissenschaftlichen Hochschule

Für das Verständnis der gegenwärtigen Lage der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen ist ein kurzer Blick auf ihre geschichtliche Entwicklung notwendig, denn sie haben in ihr eine besondere Gestalt angenommen, die ihr inneres Leben und ihre rechtliche Verfassung bestimmt. Die ältesten unter ihnen sind nach dem Vorbild früher entstandener europäischer Universitäten gegründet worden. Aus der Anfangszeit der Universitätsgeschichte haben sie, wenn auch nicht in ungestörter geradliniger Tradition, vor allem drei Wesenszüge bis in die Gegenwart getragen: die durch die Autonomie der Hochschule geprägte Organisation, das wissenschaftliche Gespräch als eine der Formen für Forschung und Lehre und die stete Bereitschaft zu erneuter Diskussion. Dies alles haben sie mit den ausländischen wissenschaftlichen Hochschulen gleicher Herkunft gemeinsam.

Gründung der
Universitäten
Göttingen und
Berlin

Ihre besondere Prägung erhielten sie in der neueren Zeit. Wichtige Schritte waren die Gründung der Universität Göttingen und die Errichtung der Universität Berlin. Die Gründung in Göttingen trug der Entfaltung der Mathematik und der emporsteigenden Erfahrungswissenschaften sowie den praktischen Erfordernissen des 18. Jahrhunderts Rechnung. In Berlin entstand vor allem unter dem Einfluß der miteinander streitenden Konzeptionen Fichtes, Schellings, Schleiermachers und Humboldts eine Hochschule, von der durch das ganze 19. Jahrhundert tiefgreifende Wirkungen ausgegangen sind. Aufklärung und Klassik führten die Universität aus der Erstarrung heraus. Die Reformer kamen trotz aller inneren Differenzen dem Universitätswesen der Ursprungszeit in mancher Hinsicht wieder näher, gelangten aber zugleich zu folgenreichen Neuerungen, die mit wissenschaftsgeschichtlichen Wandlungen zusammenhängen.

War die Universitätswissenschaft ursprünglich eher darauf gerichtet, den ererbten Bestand von Wissen zu überliefern, aufzunehmen, ihm eine didaktische Form zu geben, ihn systematisch darzustellen und in neuer Synthese darzubieten, so wuchs

seit dem späteren 18. Jahrhundert der Wille zur Erforschung des Unbekannten, zur kritischen Prüfung alter und zur Gewinnung neuer Erkenntnisse immer mehr an. Exakte Forschung in der Mathematik und in den Naturwissenschaften ebenso wie in den Geisteswissenschaften gewinnt immer größere Bedeutung. Während in manchen anderen Ländern an den Universitäten die Wissensüberlieferung im Vordergrund bleibt und durch eine planvolle, in langer Erfahrung erprobte allgemeine Erziehung der studierenden Jugend ergänzt wird, die Forschung sich aber in Akademien und Instituten daneben eigene Einrichtungen schafft, bleibt sie in Deutschland in höherem Maße an den Universitäten. Sie wird zugleich zum vorzüglichsten Mittel der Lehre. Es war die Überzeugung Humboldts und seiner Mitarbeiter, daß die Beteiligung an der wissenschaftlichen Arbeit nicht nur die beste wissenschaftliche Ausbildung verbürge, sondern zugleich den Studenten zu selbständigem Denken erziehe und damit auch die Eigenschaften in ihm entwickle, welche er später in einem wissenschaftlich fundierten praktischen Beruf brauche. Ebenso glaubten die Reformer der Humboldtzeit, daß von echter wissenschaftlicher Arbeit diejenige Bildung des Charakters ausgehe, die man von einem „Akademiker“ im Staats- und Berufsleben erwarten müsse. Wenn die deutsche Hochschule daher pädagogisch zurückhaltender und karger ist als die anderer Länder, so ist sie zugleich anspruchsvoller, indem sie durch wissenschaftliche Arbeit selbst erziehen will.

Forschung in
den Universi-
täten

Der Kern der wissenschaftlichen Ausbildung an den deutschen Universitäten soll danach in dem persönlichen Verhältnis von Lehrer und Schüler liegen. Der Student soll lernen, indem er zu der wissenschaftlichen Arbeit des Lehrers hingeführt wird. Auf diesem Grundgedanken beruht eine Reihe von Besonderheiten, die für das deutsche Hochschulwesen charakteristisch sind:

Besonderheiten
des deutschen
Hochschul-
wesens

Die großen systematischen Vorlesungen, die mit dem Überblick über die Probleme eines Forschungsgebietes und die bereits erarbeiteten Lösungen die Mitteilung eigener Forschungsergebnisse und Auffassungen verbinden;

das Seminar, in dem der Hochschullehrer im kleinen Kreis mit den Studenten wissenschaftliche Einzelfragen seines Forschungsgebietes erörtert;

die Lernfreiheit und die Selbstverantwortung des einzelnen Studenten für sein Studium, die ihm selbst die Entscheidungsfreiheit darüber geben, wie er sein Studium aufbauen und mit welchen Fragen er sich besonders beschäftigen will;

die Freiheit des Studenten, sich seine Universität auszusuchen und sie zu wechseln. Jeder Student soll die Möglichkeit haben, zu dem Lehrer zu gehen, von dem er sich die größte Förderung verspricht.

Hieraus ergibt sich die Ablehnung der bloßen Wissensübermittlung. Auch kennt die deutsche Universität im Gegensatz zu fast allen ausländischen wissenschaftlichen Hochschulen keine regelmäßige Kontrolle des Studenten durch jährliche oder halbjährliche Prüfungen. Vielmehr sieht das deutsche System in den meisten Fächern nur ein Schlußexamen — oder ein Vorexamen und ein Schlußexamen — vor und überläßt es vielfach dem Studenten, wann er sich zu dieser Prüfung melden will. Eben- sowenig kennt die deutsche Universität dem Prinzip nach feste Studienpläne, einen festgelegten Lektüreplan und ähnliches.

Breite der
Ausbildung

Da der Student am Leben der Wissenschaft teilnehmen soll, Wissenschaft aber nichts Abgeschlossenes ist, sondern sich in der schöpferischen Arbeit der Gelehrten stets fortentwickelt, zielt die deutsche Hochschule darauf ab, Menschen auszubilden, die auf Grund eigener wissenschaftlicher Erfahrung und Beherrschung der grundlegenden Methoden ihres Faches in der Lage sind, der Entwicklung auf ihrem Gebiet kritisch zu folgen und neue wissenschaftliche Einsichten für ihre Berufsarbeit zu verwerten. Die Studiengänge sind daher im allgemeinen verhältnismäßig breit angelegt und nicht auf Sondergebiete beschränkt.

Man hat von den Hochschulen in allen Fächern weniger und mehr als eine zweckgezielte Berufsausbildung zu erwarten: Weniger, weil es sich eigentlich nur um eine Berufsvorbildung durch Schaffung der wissenschaftlichen Voraussetzungen für ein langes berufliches Leben handelt, während die Vervollkommnung der speziellen beruflichen Kenntnisse in den Lebensabschnitt nach dem Abschluß des Hochschulstudiums verlegt werden soll. Mehr, weil an der Hochschule auch die Spezialfächer so betrieben werden sollen, daß neben gründlicher Elementarlehre und methodischer Einübung die geistige Orientierung an größeren Zusammenhängen und die Frage nach dem Ganzen eine bildende Kraft entfalten sollen.

Interessen der
Universitäts-
gründer

Diese Konzeption ist niemals voll verwirklicht worden. Zwischen dem Ideal einer wissenschaftlichen Ausbildung und dem praktischen Zweck, den der Staat mit der Universitätsgründung verfolgt, besteht eine Spannung. Der Staat sucht Ausbildungsstätten für Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Richter und Verwaltungs-

beamte. Er ist auch darauf angewiesen, daß ihm und den von ihm umfaßten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen die erforderlichen Fachleute zur Verfügung stehen. Deswegen hat die Staatsverwaltung in Deutschland nach einem Monopol im Bildungswesen gestrebt und zur Erzielung einer gleichmäßigen Ausbildung der von ihr benötigten Fachleute die Freiheit des Studiums durch Prüfungsordnungen begrenzt. Die damit entstandene Spannung besteht bis heute. Sie kann sich fruchtbar auswirken, wenn der Staat die Freiheit der Wissenschaft als notwendig für sich selbst im Grundsatz bejaht und wenn die Träger der Wissenschaft ihre Verpflichtung anerkennen, für die Allgemeinheit zu wirken.

Die geschilderten praktischen Zielsetzungen des Staates führten zur Gründung von Ausbildungsanstalten für die Technik. Als die aufblühende Industrie seit Anfang des 19. Jahrhunderts immer mehr Ingenieure und Techniker benötigte, entstanden zahlreiche technische Lehranstalten. In ihnen und auch in der Berliner Bauakademie und der Berliner Gewerbeakademie, die sich bis zum Jahre 1870 in ihren Unterrichtsmethoden an die der Universitäten angeglichen hatten, erblickten die Universitäten mit Recht reine Fachschulen zur Ausbildung der von der Wirtschaft dringend geforderten Fachleute. Für die Ausbildung leitender Männer der Technik glaubten sie aber selbst zuständig zu sein. Sie schufen daher neben den schon lange vorhandenen Lehrstühlen für Cameraia und Technologie auch Lehrstühle für rein technische Fächer, z. B. für Technische Mechanik und Wasserbau. Diese Entwicklung brach jedoch ab, als sich inzwischen die polytechnischen Schulen ungewöhnlich schnell weiterentwickelt hatten und für die Wirtschaft eine so große Bedeutung annahmen, daß der Gedanke der Verselbständigung dieser Ausbildungsstätten zu Hochschulen Raum gewann. In Berlin wurden die in erster Linie der Ausbildung von Maschinenbauern und Elektroingenieuren dienende Gewerbeakademie und die noch ältere, auf Schinkel zurückgehende, für die Ausbildung der Architekten und Bauingenieure bestimmte Bauakademie vereinigt und als Technische Hochschule Charlottenburg im Jahre 1899 mit denselben Rechten ausgestattet wie die Universitäten. Die gleiche Entwicklung nahmen die polytechnischen Schulen in den anderen Ländern des damaligen Deutschen Reiches. Blieb damit auch die technische Ausbildung von den Universitäten getrennt, so sind die Technischen Hochschulen heute doch von den gleichen Ausbildungszielen geleitet.

Technische
Hochschulen

I. 2. Die deutsche Universität im 19. und 20. Jahrhundert

Die von Humboldt und seinen Zeitgenossen entworfene deutsche Universität hat eineinhalb Jahrhunderte einer tief eingreifenden wissenschaftlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung erlebt. Im 19. Jahrhundert wird die wissenschaftliche Tätigkeit ständig umfassender und differenzierter. Dies gilt von den sich auffächernden Geisteswissenschaften nicht weniger als von den reinen und angewandten Naturwissenschaften.

Kostspielige
Forschung

In weiten Bereichen der Naturwissenschaften, der Medizin und der Technik ist wissenschaftliche Arbeit davon abhängig geworden, daß ein kostspieliger Apparat von Maschinen, Instrumenten und besonderen Einrichtungen und ein dafür geschulter Mitarbeiterstab zur Verfügung stehen. Zur Pflege der wissenschaftlichen Forschung bedarf es daher viel größerer finanzieller Mittel als vor einem halben Jahrhundert. Gelegentlich sind die Aufwendungen so groß, daß mehrere Staaten ihre Anstrengungen vereinigen müssen, um die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen. Als Beispiel sei auf das Europäische Kernforschungszentrum in Genf hingewiesen.

Werden der Wissenschaft die erforderlichen, zum Teil sehr hohen Beträge nicht zur Verfügung gestellt, so muß sie verkümmern.

Gestiegener
Bedarf an
Akademikern

Die Möglichkeiten der Wissensmehrung und der Wissensanwendung befinden sich in schneller Entfaltung. Die politische und ökonomische Bedeutung der Wissenschaft nimmt zu. Überall werden die Ergebnisse der Forschung gefordert und angewandt. Der Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen steigt immer weiter. So haben die Niederlande heute 35 000 Studenten, aber die niederländischen Behörden rechnen damit, daß die Zahl bis 1965 auf über 50 000 ansteigt, ohne daß die Gefahr eines akademischen Proletariats befürchtet wird. In Frankreich erwartet man eine Verdoppelung der Studentenzahl (von 190 000 auf 380 000) im selben Zeitabschnitt. Auch in England sind die Studentenzahlen gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen. Das University Grants Committee rechnet mit einem weiteren Ansteigen von 103 000 im Jahre 1958 auf 172 000 bis spätestens 1970. In der Bundesrepublik, die 1951 bereits ebensoviele Studenten hatte wie das Deutsche Reich im Jahre 1928 (111 000), ist neuestens die Zahl von 200 000 Studenten überschritten worden; auch diese Zahl wird sich noch beträchtlich erhöhen.

Vor hundert Jahren konnten sich die wissenschaftlichen Hochschulen im wesentlichen noch darauf beschränken, den Nachwuchs für die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung, für die Kirchen und für den ärztlichen Beruf auszubilden. In unserem Jahrhundert fällt ihnen die Aufgabe zu, in zahlreichen besonderen Ausbildungsgängen nicht nur den Nachwuchs für die angewachsene Staats-, Gemeinde-, Sozial- und Verbandsverwaltung, sondern auch für die vielen wissenschaftlichen Berufe in der Wirtschaft vorzubereiten, deren diese bedarf. Heute entscheiden Stand und Leistungsfähigkeit der Wissenschaften weitgehend über die politische und wirtschaftliche Existenz von Nationen und Kulturkreisen.

Die veränderten Verhältnisse zeigen sich vor allem in der außerordentlich gestiegenen Nachfrage nach Mathematikern, Naturwissenschaftlern und Ingenieurwissenschaftlern. Daneben werden aber auch wissenschaftlich ausgebildete Wirtschaftler und — angesichts des Rechtsstaatscharakters unseres Staatswesens — Juristen in steigendem Maße benötigt. Dies alles setzt eine Erweiterung des höheren Schulwesens voraus; damit werden auch immer mehr wissenschaftlich ausgebildete Lehrer erforderlich. Der größere Bedarf an Akademikern besteht daher fast gleichmäßig in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen.

Aber nicht nur an den größeren Lehraufgaben zeigt sich, daß die moderne Gesellschaft mehr als früher auf die Ergebnisse der Wissenschaft angewiesen ist. In einem viel stärkeren Maße als früher werden die an den Hochschulen wirkenden Gelehrten zu beratender Tätigkeit in der Verwaltung und der Wirtschaft herangezogen und dadurch mit zusätzlichen Aufgaben betraut.

Auch die fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft in unserer Zeit hat die Stellung der Hochschulen verändert. Es ist ein anerkannter Grundsatz des Sozialstaates der Gegenwart, daß jedem seiner Begabung nach Geeigneten der Weg zur vollen wissenschaftlichen Ausbildung offenstehen muß. Diesem Ziel dienen in allen Kulturstaaten ein kräftiger Ausbau des höheren Schulwesens und der Fachschulen, die Förderung des sogenannten zweiten Bildungsweges, der außerhalb der höheren Schule an die wissenschaftliche Hochschule führt, und ein breites Stipendienwesen unter sozialen Gesichtspunkten.

Demokratisierung des
Bildungssystems

Diese Einrichtungen des modernen Staates entsprechen einem starken Bildungsstreben immer breiterer Volksschichten, die im Besuch der höheren Schule und der wissenschaftlichen Hochschule ein Mittel des menschlichen und sozialen Aufstiegs

sehen. Dies zeigt sich deutlich in der steigenden Zahl der Absolventen der höheren Schule. Während beispielsweise im Deutschen Reich 1911 1,3 % der Geborenen eines Jahres das Abitur ablegten, waren es 1959 in der Bundesrepublik 5,1 %.

Die Hochschule muß diesem Streben gerecht werden und eine viel größere Zahl junger Menschen aufnehmen. Diese Aufgabe erweitert sich noch, weil auch die sogenannten Entwicklungsländer in steigendem Maße wissenschaftlich ausgebildete Kräfte benötigen, ihren Nachwuchskräften die Chance einer wissenschaftlichen Ausbildung geben wollen und mangels eigener wissenschaftlicher Bildungsanstalten einstweilen noch vielfach darauf angewiesen sind, ihren Nachwuchs auf amerikanischen und europäischen Hochschulen ausbilden zu lassen.

Die deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen sind von der dargestellten allgemeinen Entwicklung deshalb besonders stark betroffen, weil die Vereinigung beider Funktionen der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre, sie so prinzipiell bestimmt. Die Hochschulen in der Bundesrepublik tragen zu einem großen Teil die Forschung des Landes. Sie haben es also sowohl mit den Problemen der Forschungsorganisation wie mit denen der Bildung und Ausbildung zu tun; sie müssen in gleicher Weise dem vervielfachten Aufwand an wissenschaftlicher Apparatur und Methode, den praktischen Erfordernissen der Wirtschaft und Technik, der viel größeren Anzahl und den veränderten geistigen Voraussetzungen der Studenten gerecht werden.

Freiheit wissenschaftlicher
Forschung

Auch die Hochschulen der Bundesrepublik befinden sich im Spannungsfeld der heutigen weltpolitischen Gegensätze. Sie müssen gegenüber totalitären Bildungs- und Wissenschaftssystemen ein Beispiel für den Wert und die Möglichkeiten freier wissenschaftlicher Arbeit und Ausbildung auf allen Gebieten geben. In totalitären Staaten wird die Wissenschaft als wirtschaftliche und politische Potenz großzügig gefördert, aber vielfach auch gelenkt, indem der Staat versucht, sie auf ihm unmittelbar dienende Zwecke zu konzentrieren. Selbst in den Ländern, die sich zu dem Ideal freier Wissenschaft bekennen, wächst die Gefahr, wissenschaftliche Arbeit ihr fremden Zwecken zu unterwerfen, anstatt sie der reinen Erkenntnis dienen zu lassen. Um so mehr muß man bei allen Maßnahmen, die zur Förderung von Forschung und Lehre ergriffen werden, Lösungen anstreben, die ihrer freien Entwicklung breiten Raum geben.

I. 3. Gefährdungen und Verluste seit 1930

Die Schwierigkeiten, die sich für die deutschen Hochschulen aus der allgemeinen Entwicklung ergeben haben, wurden durch Versäumnisse, gefährliche Störungen und schwere Verluste in den letzten Jahrzehnten noch verschärft.

Zwischen 1930 und 1950 ist für die Fortentwicklung der wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland in den meisten Fächern nur wenig geschehen. Zunächst hinderte die große Wirtschaftskrise, die im Jahre 1929 begann, aufwendige Maßnahmen im Bereich des Hochschulwesens. Nach 1933 hemmte die wissenschaftsfeindliche Haltung des Nationalsozialismus die Entwicklung. Abgesehen von einigen Gebieten, an denen den nationalsozialistischen Machthabern besonders gelegen war, geschah für die Hochschulen wenig. Die geistiger Bildung feindliche Tendenz des Nationalsozialismus sowie die Vorbereitung des Krieges wirkten sich dahin aus, daß die Studentenzahlen stärker zurückgingen, als es wegen der infolge des ersten Weltkrieges schwachen Geburtsjahrgänge ohnehin geschehen wäre. Noch im Wintersemester 1928/29 hatte die Gesamtzahl der Studierenden im Reichsgebiet 111 600 betragen. Im Wintersemester 1938/39 war sie auf 55 900, also auf etwa die Hälfte, gesunken. Dieser Rückgang betraf nicht etwa nur die Geisteswissenschaften, sondern auch die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Während im Wintersemester 1928/29 z. B. etwa 4300 Studenten Chemie und etwa 6700 Studenten Maschinenbau — einschließlich Schiff- und Luftfahrzeugbau — studierten, waren die Zahlen im Wintersemester 1938/39 auf 2900 und 3300 gefallen.*

Allgemeine
Wirkungen
des National-
sozialismus

Es folgten die Kriegsjahre von 1939 bis 1945. Nach dem Kriege erlaubte die allgemeine Notlage zunächst nur die allerdringlichsten Erhaltungsmaßnahmen an den größtenteils durch Luftangriffe beschädigten Hochschulgebäuden. Die Lage der öffentlichen Finanzen schloß jede größere Erweiterung des Lehrkörpers aus. An einen planmäßigen Ausbau war zunächst nicht zu denken. Erst nachdem im Anschluß an die Währungsreform die Gesundung der deutschen Wirtschaft eingeleitet worden war, konnte der Wiederaufbau der Hochschulen stärker gefördert werden.

Die Lage der deutschen Hochschulen ist jedoch nicht nur dadurch bedingt, daß sie zwanzig Jahre lang nicht weiterentwickelt worden sind. Sie sahen sich überdies einer Reihe zerstörender Eingriffe ausgesetzt.

* Vgl. hierzu auch Tabelle 1 des statistischen Anhangs.

Vertreibung
von Gelehrten
durch die
National-
sozialisten

Hier muß zuerst der Vertreibung der jüdischen Gelehrten und vieler politischer Gegner des Nationalsozialismus von den deutschen Hochschulen gedacht werden. Die Zahl der von den Vertreibungsmaßnahmen der Hitlerregierung betroffenen Gelehrten steht nicht genau fest. Der Amerikaner Hartshorne kam 1937 zu dem Ergebnis, daß von 7758 Mitgliedern der Lehrkörper einschließlich Privatdozenten und Lehrbeauftragten im Wintersemester 1932/33 bis zum Wintersemester 1934/35 1145, d. h. 14,8% entlassen worden waren.*

Diese Maßnahmen wogen um so schwerer, weil sie die einzelnen Fächer ungleichmäßig betrafen. In manchen Fachgebieten waren daher die Verluste prozentual noch wesentlich höher; z. B. ist über ein Drittel der Lehrer des Römischen Rechts vertrieben worden. Es ist offensichtlich, was ein solcher Aderlaß für die deutschen Hochschulen bedeuten mußte. Heute fehlen ihnen nicht nur die vertriebenen Gelehrten, sondern auch die Schüler, die sie herangebildet hätten. Jeder Gelehrte ist eine individuelle Kraft, die man weder in Kursen schulen noch beliebig auswechseln kann. Die Verluste, die die deutsche Wissenschaft durch die Vertreibung zahlreicher Gelehrter erlitten hat, sind daher unersetzlich und werden sich noch in Jahrzehnten auswirken. Gleichzeitig wurden durch die politischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung manche wissenschaftlichen Disziplinen unterdrückt (so z. B. die Soziologie, Zweige der Psychologie, die moderne Physik und die Genetik). Ernste und bis heute andauernde Folgen hatte es, daß viele Nachwuchskräfte abgeschreckt wurden, die wissenschaftliche Laufbahn zu ergreifen.

Kriegs- und
Nachkriegs-
verluste

Weitere starke personelle Verluste brachten der Krieg und die Ereignisse der Nachkriegszeit. Die Höhe der Kriegsverluste steht nicht fest; sie ist schwer zu ermitteln, weil es sich bei ihnen in erster Linie, wenn auch keineswegs allein, um Nachwuchskräfte gehandelt hat, die noch in der Ausbildung standen. Jedenfalls haben manche Fachrichtungen ihre besten jungen Gelehrten im Kriege verloren. Die Überlebenden haben für ihre wissenschaftliche Ausbildung wertvolle Jahre eingebüßt. Viele dürften dann in der Not der ersten Nachkriegsjahre schnell in praktische Berufe abgewandert sein. Die Zahl der Habilitationen zeigt jedenfalls, daß der wissenschaftliche Nachwuchs im wesentlichen erst in den Jahren nach dem Kriege und nach Überwindung der größten Schwierigkeiten wieder herangebildet werden konnte. Auch die bereits voll ausgebil-

* The German Universities and National Socialism. Cambridge (Mass.) 1937.

deten und voll tätigen Gelehrten haben in der Regel durch die Kriegszeit viele Jahre der Forschung verloren. Neue Behinderungen und Einschränkungen brachten Mißgriffe bei der „Entnazifizierung“, die nicht immer die wirklich Schuldigen zur Verantwortung zog, sondern mitunter die Falschen zu hart traf und sie zeitweilig aus ihrer Wissenschaft ausschaltete.

In der Nachkriegszeit hat die deutsche Wissenschaft Gelehrte durch Auswanderung, insbesondere in die Vereinigten Staaten, verloren. Diese Verluste treten auch jetzt noch ein. Vor allem verlassen Nachwuchskräfte der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächer Deutschland, weil sie hier keine geeignete Wirkungsmöglichkeit auf ihrem speziellen Forschungsgebiet sehen. Auch kehren junge Gelehrte, die ursprünglich nur mit dem Ziel weiterer Ausbildung nach Nordamerika gegangen waren, nicht zurück, weil sich ihnen dort unvergleichlich günstigere Forschungsgelegenheiten, bessere Aussichten des Fortkommens in der wissenschaftlichen Laufbahn und freiere Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Neben den schweren Menschenverlusten haben die deutschen Hochschulen ausgedehnte Zerstörungen ihrer Gebäude, ihrer apparativen Ausrüstungen und ihrer Bibliotheken erlitten. Die Bauten der deutschen Hochschulen stammten zum großen Teil aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Sie waren damals verhältnismäßig großzügig angelegt und konnten noch auf einige Zeit im wesentlichen den Anforderungen genügen. Der Zerstörungsgrad durch die Kriegseinwirkungen ist nicht genau festzulegen. Wenn man annimmt, daß etwa 60 % der Bauten und Ausstattung zerstört wurden, so ist das vorsichtig geschätzt. Viele Instituts- oder Hörsaalgebäude wurden vollständig zerstört. Außerordentlich empfindlich war vor allem der Verlust vieler Bibliotheken. Zahlreiche Hochschulinstitute standen nach dem Kriege ohne alle wissenschaftlichen Hilfsmittel da.

Zerstörungen

Die Okkupation von Schlesien, Ostpreußen und Danzig brachte den Verlust der Universitäten Breslau und Königsberg und der Technischen Hochschulen Breslau und Danzig. Die Teilung Deutschlands und die Entwicklung der Universitäten Berlin, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock sowie der Technischen Hochschule Dresden und der Bergakademie in Freiberg in der sowjetisch besetzten Zone bedeuten eine weitere schwere Einbuße, wenn auch ein Teil der Lehrkräfte von den Hochschulen der Bundesrepublik aufgenommen wurde.

Teilung
Deutschlands

Im Gebiet der Bundesrepublik wurde wegen der finanziellen Not der Nachkriegszeit die Universität Gießen geschlossen und zunächst nur als Spezialhochschule wieder eröffnet.

Forschungs-
verbote

Weiterhin wurde die deutsche Wissenschaft in der Zeit nach dem Kriege durch Forschungsverbote behindert, die von den Besatzungsmächten für einzelne Forschungsgebiete erlassen waren. Hierzu gehörten insbesondere große Gebiete der Kernphysik mit ihren Anwendungen in fast allen anderen naturwissenschaftlichen Fächern, aber auch Luftfahrt, Schiffbau und ähnliche Gebiete des Maschinenbaus. Dadurch wurden die deutschen Hochschulen vom Fortschritt der Wissenschaft auf diesen Gebieten für eine Reihe von Jahren ausgeschlossen.

Isolierung
der deutschen
Wissenschaft

Ferner war die deutsche Wissenschaft — teils durch politische und ökonomische Maßnahmen während der nationalsozialistischen Zeit, teils durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit — für rund anderthalb Jahrzehnte (von 1936 bis 1950) von der Verbindung mit der ausländischen Wissenschaft fast völlig abgeschnitten. Persönliche Kontakte rissen ab, der Bezug ausländischer Literatur war stark eingeschränkt.

Folgen für den
Stand der
Wissenschaft

Während also jahrzehntelang die deutsche Wissenschaft in ihrer Entwicklung gehemmt oder beeinträchtigt war, während ihre Einrichtungen weitgehend zerstört wurden und der Kreis der sie tragenden Menschen schwerste Verluste durch Krieg und Auswanderung erlitt, hat die internationale Wissenschaft rasche und bedeutsame Fortschritte gemacht. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß in Deutschland nicht wenige Disziplinen das Niveau der wissenschaftlich führenden Länder nicht mehr erreichen und an Geltung eingebüßt haben. Das gilt nicht nur für Forschungszweige, deren Pflege die Finanzkraft eines Staates wie der Bundesrepublik übersteigt.

I. 4. Maßnahmen seit 1945

Die für die Hochschulen verantwortlichen staatlichen Stellen haben große Anstrengungen gemacht, um nach dem Zusammenbruch das Hochschulwesen zu retten und seine Leistungsfähigkeit für alte und neue Aufgaben wiederherzustellen.

Aufwendungen
der Länder und
des Bundes

Beispielsweise haben die Länder von 1949 bis 1959 rund 1500 Millionen DM an Baumitteln für die Hochschulen aufgewendet. Die Zuschüsse der Länder zu den Ausgaben der Hochschulen (einschließlich Kliniken) sind von 170 Millionen DM im Jahre 1949 auf 730 Millionen DM im Jahre 1960 gestiegen.*

Im Zeitraum von 1949 bis 1960 wurden 952 Lehrstühle, das sind 43 % des Bestandes von 1949**, und rund 6000 Assistenten-

* Über die Entwicklung von 1949 bis 1960 im einzelnen siehe Tabelle 12 des statistischen Anhangs.

** Vgl. im einzelnen Tabelle 10 des statistischen Anhangs.

stellen, das sind 185 % des Bestandes von 1949, neu geschaffen. Gleichzeitig wurden die Assistentengehälter wesentlich erhöht. Ferner sind zahlreiche neue Diätendozenturen geschaffen worden, so daß 1960 etwa 900 solcher Stellen, das sind 28 auf je 100 Lehrstühle, bestanden. Außerdem wurden in den letzten Jahren die neuartigen Stellen der Wissenschaftlichen Räte und Abteilungsvorsteher eingerichtet, deren Zahl sich im Jahre 1960 auf etwa 280 belief. Aus dem Haushalt des Bundesinnenministeriums sind den Hochschulen 1958 und 1959 insgesamt 105 Millionen DM für Bauten und von 1956 bis 1959 53 Millionen DM für Sachmittel zugeflossen. Weitere Mittel wurden von anderen Bundesministerien zur Verfügung gestellt.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft konnte seit 1951 aus Mitteln des Bundes und der Länder sowie des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 382 Millionen DM für die Forschung zur Verfügung stellen.

Drei neue Universitäten, Berlin, Mainz und Saarbrücken, sind seit 1945 errichtet worden. Erfolgte auch die Gründung von Mainz und Saarbrücken mit Unterstützung der damaligen Besatzungsmacht Frankreich, und hat auch die Freie Universität Berlin wesentliche Zuwendungen von amerikanischen Stiftungen erhalten, so waren doch der finanzielle Ausbau und die Unterhaltung dieser Universitäten im wesentlichen Sache der beteiligten Länder. Die Universität Gießen ist wieder ausgebaut worden, hat allerdings noch nicht alle ihre früheren Fakultäten erhalten. Das Land Niedersachsen hat 1949 die Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven gegründet, damals als Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft.

Universitäts-
gründungen

Das Stipendienwesen, das nach zwei Geldentwertungen praktisch zusammengebrochen war, wurde vollständig reorganisiert und den Bedürfnissen des Sozialstaates angepaßt. Zur Förderung hochbegabter Studenten wurde sogleich nach der Währungsreform die Studienstiftung des deutschen Volkes wieder gegründet. Seit 1957 wird nach den auf der Tagung in Bad Honnef 1955 erarbeiteten Grundsätzen (Honnefer Modell) mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln erstmalig ein umfangreiches Stipendienwesen für begabte und bedürftige Studenten aufgebaut. Außerdem werden Stipendien für Vertriebene, Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone und Ost-Berlin, Spätheimkehrer, Spätaussiedler, ausländische Flüchtlinge und heimatlose Ausländer aus Bundesmitteln bereitgestellt. Ferner werden vom Bund und den Ländern ausländische Studenten in der Bundesrepublik und deutsche Studenten im Ausland gefördert.

Stipendien-
wesen

Die Gesamtaufwendungen des Bundes und der Länder für die Studentenförderung betragen von 1956 bis zum 31. März 1960 180 Millionen DM. Hinzu kommen noch die nicht unbedeutenden Aufwendungen der Länder in Form von Gebühren-erlassen, Zuschüssen zu den Mensen usw.

Sowohl die Länder als Finanzträger der Hochschulen wie der Bund haben also sehr erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen. Sie gehen weit über das hinaus, was in der Zeit der hochschulfreundlichen Weimarer Republik geleistet worden ist.

Dennoch sind die Hochschulen in eine Notlage geraten, weil der Ausbau von den Entwicklungen, insbesondere der Studentenzahl, immer wieder überholt wurde. Nur rasche zusätzliche Maßnahmen können Abhilfe schaffen.

A. II. Die gegenwärtige Lage

Die gegenwärtige Lage der deutschen Hochschulen ist bestimmt durch die geschichtlichen Wandlungen, die sich auf den verschiedensten Gebieten vollzogen haben. Aber diese von uns kurz skizzierten Bewegungen sind noch in vollem Gange; jede Beurteilung der Gegenwart, namentlich jede Entscheidung über das, was jetzt geschehen muß, ist angewiesen auf sehr sorgsame Prognosen der zu erwartenden Entwicklungen. Nach 1945 galt es zu retten, wiederaufzubauen, wiederherzustellen. Dabei ist Erstaunliches geleistet worden. Aber nun ist es soweit, daß die erforderlichen Vorkehrungen für die Zukunft getroffen werden sollen. Die Entschlossenheit dazu hat unter anderem zu dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern vom September 1957 über die Errichtung des Wissenschaftsrates geführt. Man ist sich nun klar darüber, daß es sich beim Ausbau der Hochschulen nach der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr um bloße Reformen, sondern um Neugestaltungen großzügiger Art handeln muß.

Die jetzige Lage stellt sich im einzelnen wie folgt dar:

II. 1. Entwicklung der Studentenschaft und der Lehraufgaben

Das Deutsche Reich hatte 1913 mit etwa 67 Millionen Einwohnern und 79 000 Studenten 21 Universitäten und 11 Technische Hochschulen, die Bundesrepublik und Berlin (West) 1960 mit ca. 55 Millionen Einwohnern und rund 200 000 Studenten dagegen nur 18 Universitäten und 8 Technische Hochschulen.*

* Vgl. hierzu Tabelle 9 des statistischen Anhangs.